

Nachrichten

Massencrash im Tunnel Schweizerhalle

Muttenz. Im Tunnel Schweizerhalle auf der Autobahn A2 ist es gestern Nachmittag zu einem Unfall mit sieben beteiligten Fahrzeugen gekommen. Wie die Polizei mitteilt, ist dabei eine Person verletzt worden. Der Massencrash auf der Spur in Fahrtrichtung Bern/Luzern führte zu massiven Verkehrsproblemen sowohl auf der Autobahn als auch auf den umliegenden Kantonsstrassen. Zum Unfallhergang konnte die Polizei gestern Abend noch keine Angaben machen.

Einbrecher sperren Frau ein und rauben Haus aus

Füllinsdorf. Zwei Einbrecher haben am späten Montagabend eine betagte Frau in ihrem Haus an der Poolstrasse in Füllinsdorf überwältigt und ausgeraubt. Die 76-Jährige blieb unverletzt, die Räuber erbeuteten Schmuck und Bargeld. Wie sich die Einbrecher Zutritt zum freistehenden Haus verschafft haben, ist noch nicht restlos geklärt, teilt die Polizei mit. Die Einbrecher nahmen der Hausbewohnerin das Handy ab und sperrten sie in einen Raum, um dann das Haus zu durchsuchen. Die Polizei sucht Zeugen.

Nach Schleuderfahrt Auto abgeschossen

Kaiseraugst. Bei einem heftigen Zusammenstoss zweier Personenwagen ist am Montagmorgen auf der Giebenacherstrasse in Kaiseraugst eine 65-jährige Autofahrerin schwer verletzt worden. Verursacht wurde der Unfall vom Lenker eines BMW-SUV, wie die Polizei mitteilt. Er verlor die Kontrolle über sein Auto, geriet nach rechts, worauf er beschleunigte und auf das Auto vor ihm auffuhr. Dieses wurde durch den heftigen Aufprall gegen einen Baum geschleudert. Dessen Lenkerin wurde schwer verletzt. Die Feuerwehr musste die Frau aus dem Auto befreien.

Kanton verkauft Anteile an AGSE

Liestal. Der Kanton Baselland gibt seine Beteiligung an der Autogesellschaft Sissach-Eptingen (AGSE) auf. Nach dem Verkauf der ÖV-Sparte im 2012 bestehe kein direktes Auftragsverhältnis zur AGSE mehr, begründet die Regierung den Entscheid.



Stau in Allschwil. Mit der geforderten Umfahrungsstrasse und der Elba-Variante «Ausbau» liesse sich das Verkehrsproblem lösen. Foto Henry Muchenberger

Lenkt Allschwil doch noch ein?

Die Leimentaler Gemeinden ringen um eine gemeinsame Haltung zu den Elba-Plänen

Von Thomas Dähler

Liestal. Noch sind die Chancen intakt, dass Allschwil und die Leimentaler Gemeinden gemeinsam für eine stadtnahe neue Strassentangente eintreten. Die neun Gemeinden der Plattform Leimental Plus treffen sich am kommenden 21. Mai nochmals, um über eine gemeinsame Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung zur Entwicklungsplanung Leimental-Birseck-Allschwil (Elba) zu beraten, wie die Allschwiler Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli gestern der BaZ erklärte. Bisher sei dies nicht gelungen. Doch Allschwil setze sich dafür ein, dass sich die Gemeinden noch vor Ablauf der Vernehmlassungsfrist am 2. Juni auf eine gemeinsame Haltung einigten. «Wir stehen zur Plattform Leimental Plus», sagte die Allschwiler Gemeindepräsidentin.

Von Allschwil hängt es denn auch ab, ob sich die Leimentaler Gemeinden und Allschwil zusammenraufen. Die Mehrheit der Gemeinden ist im Gegensatz zu Allschwil kategorisch gegen die von der Regierung erst im Februar wie-

der ins Spiel gebrachte neue Südumfahrung, die sogenannte Variante «Ausbau inklusive Trasseesicherung äussere Variante». Einige Gemeinden neigen sogar zur Variante «Umbau», die bloss die Optimierung des heutigen Verkehrsnetzes beinhaltet.

Gemeinden in Zeitnot

Die Variante dazwischen heisst «Ausbau» und wäre der Kompromiss, den Reto Wolf anstrebt. Wolf ist Gemeindepräsident von Therwil und der Koordinator der neun Gemeinden, die sich in der Plattform Leimental Plus zusammengeschlossen haben. «Wir werden nochmals darüber reden», meint Wolf. Doch für eine Einigung müsse sich Allschwil bewegen. Wegen der engen Zeitspanne bis Ende Monat sei er nicht sehr optimistisch, dass dies noch gelinge. Die Variante «Ausbau» beinhaltet neue Entwicklungsschwerpunkte und eine Strassentangente zwischen Allschwil und Binningen, die entweder nach Münchenstein weitergeführt wird oder an den zurzeit von Basel-Stadt blockierten Gundelitunnel anschliesst.

Am Zeitdruck lässt sich nicht rütteln. Die Baslerbieter Regierung will mit der Entwicklungsplanung zwischen Allschwil und dem Birseck vorwärts machen. Sie hat es abgelehnt, die Frist für die Vernehmlassung zu verlängern, wie aus einer Pressemitteilung der Plattform Leimental Plus von gestern hervorgeht. Gemeindepräsident Wolf ärgert sich darüber: Der Regierungsrat habe in seiner neuen Zusammensetzung die Spielregeln des Elba-Prozesses komplett über den Haufen geworfen. Die Südumfahrung sei in letzter Minute und gegen den Willen der an Elba beteiligten Planungsbüros wieder ins Spiel gebracht worden. Der Zeitdruck sei unnötig.

Initiative sorgt für Druck

Schuld an der Eile der Regierung dürfte die Initiative für eine Umfahrung Allschwil sein. Die Regierung befürwortet sie und will darüber abstimmen lassen, wenn bekannt ist, wie es im unmittelbar daran anschliessenden Elba-Gebiet weitergeht. Die Behandlungsfristen für die Initiative sind alle längst abge-

laufen und die Geduld der Initianten erschöpft, nachdem sie mehrmals wegen Elba die Frist erstreckt hatten. Die Regierung dürfte die Abstimmung über die Umfahrung Allschwil deshalb noch dieses Jahr ansetzen. Es zeichnet sich auch ab, dass die Leimentaler Gemeinden die Umfahrung Allschwil unterstützen, wie von Vertretern der Plattform Leimental Plus zu erfahren ist.

Hanspeter Frey als Vertreter des Initiativkomitees will mit einem Ja zum Volksbegehren vor allem erreichen, dass das wirtschaftlich wichtige Bachgraben-Gebiet an die Autobahn angeschlossen und das Zentrum von Allschwil vom Verkehr entlastet wird. «Wir kämpfen in erster Linie für die Umfahrung Allschwil», sagt der frühere FDP-Landrat. Ob diese dann mit Elba an eine stadtnahe oder an eine äussere Tangente angeschlossen werde, müssten die Planer entscheiden, gibt sich Frey als einstiger Präsident des Komitees pro Südumfahrung erstaunlich offen. Immerhin: «Die Regierung liegt richtig, wenn sie sich auch Gedanken zur Variante einer äusseren Tangente macht.»

Vorgezogener Auftakt zum Wahlkampf

Unternehmer Klaus Endress (FDP) schiesst gegen den Reinacher Gemeindepräsidenten – der ist genervt

Von Boris Gygax

Reinach. Urs Hintermanns erste Reaktion war Kopfschütteln und Unverständnis. «Eine Pauschalkritik auf solch überhebliche Art kann ich nicht ernst nehmen», sagt der Reinacher Gemeindepräsident (SP). Der persönliche Angriff vom Unternehmer und langjährigen Einwohnerrat Klaus Endress (FDP) auf den gesamten Gemeinderat sei «unfair», sagt Hintermann zur BaZ.

Was Endress in der Schweiz am Sonntag vom Stapel liess, war in der Tat dicke Post. Eine Ankündigung, ganz nach der Art des Patrons Klaus Endress: mit Pauken, Trompeten und charmanter Arroganz. Er gab nicht einfach nur bekannt, dass er definitiv für die Ersatzwahl des verstorbenen FDP-Gemeinderats Hans-Ulrich Zumbühl kandidieren werde. Er verknüpfte seine Ankündigung auch noch mit einem Rundumschlag gegen die bisherige Arbeit der Reinacher Exekutive und das Gremium als Ganzes. Denn der Sprung vom Unternehmer zum Gemeinderat sieht Endress nicht nur als persönliche Herausforderung, sondern auch als Notwendigkeit, um einiges in diesem Gremium zu verbessern.

Alles dauere viel zu lange, zum Beispiel in der Strassenplanung, findet der Unternehmer und nennt den Kreisel an der Hauptstrasse als Beispiel. Zudem fehle es der Gemeinde an langfristiger und vorausschauender Planung. Weder im Schul-, Sport- noch im Kulturwesen gebe es klare Konzepte.

Als wäre dies noch nicht genug, kritisiert Klaus Endress auch die Zusammenarbeit zwischen Gemeinde- und Einwohnerrat. Diese hätte sich in den letzten Jahren verschlechtert. Zudem stellte er auch noch seinen Angriff auf das Gemeindepräsidium in Aussicht. «Wenn ich nach zwei Jahren im Gemeinderat feststelle, dass es mir Freude macht, dann möchte ich für eine Legislatur das Präsidium übernehmen.»

Zum Schluss gab es noch einen Seitenhieb an die persönliche Adresse von Urs Hintermann, den er als «nettes Kerli» bezeichnete.

Hintermann gibt Kontra

Während er den persönlichen Angriff mit einem Lächeln wegstecken könne, ärgere ihn die «fachlich falsche Kritik», sagt Hintermann. Den erwähnten Kreisel habe der Kanton gebaut, das Projekt sei Dank der Anstrengung des Gemeinderats überhaupt realisiert worden. Über das Schulkonzept berate zurzeit der Einwohnerrat und kürzlich habe eine Abklärung ergeben, dass die Sanierung bestehender Anlagen wichtiger sei als der Bau neuer Sportanlagen. Zudem wurde vor zwei Jahren die Reinacher Reform mit strategischen Sachplänen verabschiedet, gibt Hintermann Kontra.

«Ich ärgere mich manchmal auch über die Dauer dieser Prozesse», so Hintermann. Doch eine Gemeinde könne man nicht wie ein Unternehmen führen. Man müsse Mehrheiten gewinnen, den Einwohnerrat überzeugen, es gebe

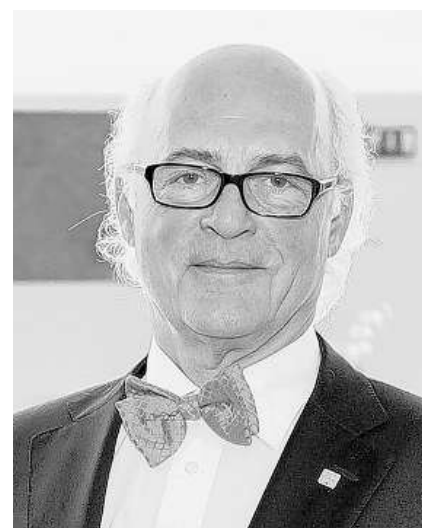


In der Defensive. Gemeindepräsident Urs Hintermann wehrt sich gegen die Vorwürfe von Klaus Endress.

Mitwirkungsverfahren und Fristen einzuhalten. Dies brauche seine Zeit.

Er habe die Kritik schon als etwas verfrühten Auftakt zum Wahlkampf verstanden, sagt Hintermann. Dies, obwohl jetzt schon relativ klar sei, dass Klaus Endress auch gewählt werde. Grundsätzlich freue er sich aber über die neuen Inputs des Unternehmers. Diese werden «eine Bereicherung für den Reinacher Gemeinderat» sein.

Klaus Endress ist die ganze Sache nicht recht. «Wer mich kennt, der weiss, dass das nicht meine Art ist, meine Meinung zu äussern.» Die Aussagen seien «beim Plaudern» entstanden. Er schätze



In der Offensive. Klaus Endress will in den Reinacher Gemeinderat, kritisiert jedoch dessen Arbeit. Foto Pino Covino

die Arbeit von Urs Hintermann, habe ihn auch im Einwohnerrat am Montagabend verdient gelobt. Zwar komme ihm Hintermann nach zehn Jahren etwas müde vor. Doch seine Kritik beziehe sich vor allem auf das politische System. «Man kann mehr aus der Gemeinde Reinach machen, davon bin ich überzeugt.» Er möchte den Schwung der Privatwirtschaft in den Gemeinderat mitnehmen. Der Patron zweifelt nicht daran, dass er sich in diesem Gremium zurechtfinden wird. «Ich habe in meiner langjährigen Tätigkeit als Einwohnerrat gelernt, dass es unterschiedliche Meinungen gibt.»

Denkmalschutz wird praxisnaher

Vernehmlassung gestartet

Liestal. Das Baslerbieter Denkmal- und Heimatschutzgesetz soll praxisnaher werden. Die Regierung hat gestern einen Änderungsentwurf in die öffentliche Vernehmlassung gegeben. Damit kommt sie entsprechenden Forderungen aus dem Landrat nach. Gemeindevertreter hatten die kantonale Denkmalpflege als «willkürlich» und deren Entscheide als «wenig nachvollziehbar» bezeichnet. Mehrfach waren geplante Solaranlagen in geschützten Kernzonen verhindert worden. Dies entspreche nicht mehr den heutigen Bedürfnissen, hatten die Kritiker wiederholt moniert. Die Denkmalpflege dürfe die auch vom Kanton angestrebte Energiewende nicht in hohem Mass erschweren.

Die entsprechende Motion von 2010 verlangt, dass sich heutige Anforderungen an das Bauen in geschützten Ortskernen im Gesetzestext widerspiegeln. Die Motionäre fordern eine Überprüfung des seit 1992 gültigen Denkmal- und Heimatschutzgesetzes. Berücksichtigt werden müssten dabei der Aspekt Rechts- und Planungssicherheit, der Schutz des Eigentums sowie der Einsatz moderner energetischer Massnahmen. Mit der Landratsvorlage macht die Regierung Vorschläge zu den einzelnen Forderungen. Diese Vorschläge seien sowohl unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes wie im Hinblick auf ihre praktische Anwendbarkeit formuliert worden, meldet die Regierung. Die Ergebnisse einer internen Vernehmlassung sind dabei bereits eingearbeitet. dab